

Demografie, Herausforderung für die Kommunen



DAKS e.V. ist von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen als Kommunalpolitische Bildungsvereinigung anerkannt. Sie wurde 1992 auf Anregung der Kommunalpolitischen Konferenz vom Oktober '91 in Bautzen gegründet. Ziel ist die „Förderung des demokratischen Staatswesens in weitsichtiger, ökologischer und sozialer Verantwortung. Die Vereinigung unterstützt alle an Kommunalpolitik interessierten Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete, Fraktionen und Bürgerinitiativen bei der Gestaltung einer bürgernahen Kommunalpolitik, welche der Verwirklichung von Menschenrechten, dem Schutz der natürlichen Umwelt und unmittelbaren Bürgerinteressen dient“ (*Auszug Satzung*).

Die konkrete Arbeit von DAKS e.V. besteht in Beratung und Schulung von Kommunalpolitikern und interessierten Bürgern mittels Seminaren, Vorträgen und Publikationen sowie in der Vernetzung von Kommunalpolitikern und Fachleuten mittels Tagungen und Vermittlung von Kontakten. DAKS e.V. ist Mitherausgeber der bundesweit erscheinenden Zeitschrift „AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik“.

Mitglied bei DAKS e.V. kann jede natürliche und juristische Person (Fraktionen, Vereine) werden, die die Ziele von DAKS e.V. unterstützt.

Auszug lieferbarer Publikationen (Erscheinungsjahr):

- „Bürgerbeteiligung aktiv“ (1998)
- „Internet für Alle - Ein Leitfaden für Einsteiger in die elektronische Kommunikation“ (2000)
- „Lebendige Bürgerdemokratie - Einmischung in die kommunale Politik in sächsischen Gemeinden und Kreisen“ (2000)
- „Erneuerbare Energien in Sachsen - Möglichkeiten und Perspektiven alternativer Energiegewinnung“ (2001)
- „Privatisierung öffentlicher Einrichtungen im Freistaat Sachsen“ (2003)
- „Start in die Wahlperiode - Handreichung für kommunale Räte“ (2004/2005)
- „Wege durch den Dschungel - Handbuch für sächsische Non-Profit-Projekte“ (ab 2004)
- „Gemeinschaftsschule vor Ort umsetzen“ (2005)
- „Gute Aktionen fallen nicht vom Himmel“ (2005)
- „Erneuerbare Energien in Kommunen“ (2005)
- „Tu was gegen Rechts - Was Kommunalos wissen sollten ...“ (2006)
- „Bürger machen Energie - Bürgerkraftwerke - ein Handlungsleitfaden“ (2006)
- „Sächsische Kommunalbibel - 292 Stichwörter zu Themen aus der kommunalen Demokratie und Verwaltung“ (2006)
- „Bleib Sauber! Korruptionsprävention und -bekämpfung“ (2007)

Inhalt:

1. Einleitung - Was ist Demografie?4

A. Natürliche Bevölkerungsentwicklung, Faktoren5

B. Renten und Demografie9

C. Finanzielle Folgen für die Kommunen12

D. Wirtschaftliche Aspekte13

E. Wohnungsmarkt14

F. Infrastruktur15

2. Kommunale Handlungsansätze17

a. Wirtschaft und Finanzen18

b. Familie/ Jugend/ Soziales19

 i. Bspl. Hoyerswerda20

 ii. Bspl. Chemnitz23

c. Stadtplanung und Verkehr27

 i. Bspl. Leipzig28

 ii. Bspl. Dresden31

Demografie, Herausforderung für die Kommunen

Demografie Deutschlands¹

Einleitung:

Kommunen im demografischen Wandel- dass sind Städte und Gemeinden im Wettbewerb um Einwohner, um attraktive Standort- und gute Lebensbedingungen, heißt es in einer Broschüre der Bertelsmannstiftung.

Das Thema Demografie ist dabei inzwischen in aller Munde. In Sachsen wird bei gleichbleibender Bevölkerungsentwicklung die Einwohnerzahl von derzeit etwa 4 Millionen auf etwa 1,1 Mio im Jahre 2100 zurückgehen.

Schrumpfende Städte und eine schnell alternde Bevölkerung, die die Bevölkerungspyramide sukzessive auf den Kopf stellt und ganz neue Anforderungen an die Politik formuliert sind die Folge. Die Auswirkungen des Wandels sind tiefgreifend. Zunehmend konkurrieren Gemeinden um qualifizierte Arbeitnehmer, müssen Mobilitätskonzepte für eine sinkende aber älter werdende Bevölkerung gedacht werden. Städte sind zu groß und müssen umgebaut, saniert und zum Teil rückgebaut werden. Begriffe wie „perforierte Stadt“ gewinnen an Bedeutung. Im vorliegenden Band wollen wir versuchen, in der notwendigen Kürze die Grundprobleme darzustellen, den Begriff zu analysieren und Handlungsempfehlungen zu geben. Bei der Vielgestaltigkeit des Begriffs kann und darf dies nur ein erster nicht erschöpfender Versuch sein, die Problematik aufzubereiten.

Jürgen Kasek und Dr. Leonhard Kasek

Begriff Demografie:

Der Begriff Demografie (auch Demographie) kommt aus dem Griechischen (démōs – Volk, graphé – Schrift, Beschreibung). Die Demografie ist eine wissenschaftliche Disziplin, die sich mit dem Leben, Werden und Vergehen menschlicher Bevölkerungen befasst. Die Demografie erfasst und untersucht die Bevölkerung selbst, die Bevölkerungsstruktur (z.B. Alter, Geschlecht, Nationalität, Haushaltsstruktur), die Bevölkerungsbewegung (Mobilität, Bevölkerungssaldo, Wanderungssaldo) und die Bevölkerungsgeschichte. Dazu bedient sie sich der Statistik. Die bekanntesten Abbildungen sind die sog. Bevölkerungsbäume.

In Deutschland lebten 2009 rund 81,8 Millionen Menschen. Ihre Zusammensetzung unterteilt die **Demografie Deutschlands** entlang natürlicher und künstlicher Veränderungsfaktoren. Die Geburtenrate der deutschen Bevölkerung befindet sich seit den 1970er-Jahren auf einem konstant niedrigen Niveau, im Jahr 2005 betrug der Sterbeüberschuss 143.000 Personen. Dem stand im selben Jahr ein Zuwanderungsgewinn von nur noch 79.000 Personen gegenüber, so dass die Bevölkerung zahlenmäßig um 64.000 Personen abnahm. Die Binnen- und die Auswanderungsbewegungen sind im letzten Jahrzehnt sehr unterschiedlich. De facto ist insgesamt ein Gleichstand mit den Vorjahren zu beobachten (Veränderung unter 0,1 Prozent, Wanderungssaldo). Knapp 7,3 Millionen hier lebender Menschen sind ausschließlich ausländische Staatsbürger. 15,3 Millionen Einwohner Deutschlands hatten im Jahr 2005 einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2006 lebten nach einer etwas anderen Definition (ebenfalls vom statistischen Bundesamt) 15,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Die Anzahl der *nicht registrierten* Personen anderer Staatsangehörigkeit in Deutschland, die meist mit dem Terminus illegale Einwanderung bezeichnet werden, ist amtlich nicht erfasst.

A) Natürliche Bevölkerungsentwicklung, Faktoren

Bereits seit 1960 in den alten Bundesländern und seit 1990 in den neuen Bundesländern ist ein negatives Bevölkerungswachstum zu konstatieren. Es ist jedoch sowohl politisch als auch wirtschaftswissenschaftlich umstritten, inwieweit ein höheres Bevölkerungswachstum in Deutschland positive wirtschaftliche Effekte hätte. Weiterhin ist umstritten, ob die derzeitige Bevölkerungsentwicklung eine Gefahr für die sozialen Sicherungssysteme darstellt oder bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit hierfür eher irrelevant ist und vielmehr eine expansive Lohnpolitik negative Effekte auffangen müsste.

Die Zahl der Gestorbenen liegt relativ konstant bei 800.000 bis 900.000 pro Jahr, im Jahr 2004 waren es 818.271, ein Jahr später 830.227. Die hohe Lebenserwartung in Deutschland resultiert aus dem inneren Frieden, relativem Wohlstand, der Existenz einer breiten Mittelschicht und einer leistungsfähigen Medizin sowie Gesundheitsfürsorge. Die

¹ Geburtenrate als Kinderanzahl je Frau im Jahr 2007.

meisten Wirtschaftswissenschaftler gehen davon aus, dass die Lebenserwartung in Zukunft ebenso weiter wächst wie sich Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Senioren verbessern.¹ Dass die Lebenserwartung in Zukunft weiter steigt, ist aber fraglich. Fraglich ist insbesondere, ob die durch den Wohlstand verursachten Zivilisationskrankheiten durch den Fortschritt der Medizintechnik und der Pharmaindustrie aufgefangen werden können.

Es ist damit zu rechnen, dass die Lebenserwartung künftig noch stärker von Lebensweise, Bildung und sozialem Status abhängt als bisher und bei den wenig Gebildeten und sozial Schwachen künftig eher wieder sinkt, während sie bei Gebildeten mit mittlerem und höherem Status weiter wächst. Wie die Gesamtbilanz in Zukunft aussehen wird, ist nicht absehbar, es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass die Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung in Zukunft insgesamt stagniert oder fällt.

Aus der Differenz von Geburten- und Sterbezahlen ergibt sich zusammen mit der Lebenserwartung² die Natürliche Bevölkerungsentwicklung. In Deutschland (DDR und alte Bundesrepublik addiert) liegt die Zahl der Sterbefälle seit 1972 höher als die der Geborenen („Sterbeüberschuss“). Da dieser Sterbeüberschuss nicht durch die wachsende Lebenserwartung ausgeglichen werden kann, ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung negativ. Seit 2003 reicht auch die Zuwanderung nicht mehr aus, um diese Schrumpfung bei der natürlichen Entwicklung der Zahlen auszugleichen.

Wie wenig die „Überalterung“ mit den Geburtentrends zu tun hat, zeigen auch Forschungsergebnisse des Wiener Instituts für Demografie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Dort rechneten die Wissenschaftler aus, wie sich der Altenquotient – also die Summe aller Alten ab einem bestimmten Jahrgang, geteilt durch die Summe aller Jüngeren – ändert, wenn man die Trenngrenze zwischen Alt und Jung regelmäßig der gestiegenen Lebenserwartung anpasst, sie also erhöht. Der klassische Quotient der über 64-Jährigen zeigt das geläufige Bild der „Vergreisung“: Sind die Alten im Jahr 2000 mit 26 Prozent noch in der Minderheit, so stellen sie im Jahr 2100 mit 80 Prozent den übergroßen Teil der Bevölkerung. Der Quotient mit Altersanpassung hingegen steigt zwar bis auf ein Maximum von knapp 40 Prozent im Jahr 2040, wenn die Babyboomer alt sind, dann fällt er aber wieder zurück bis auf etwa 30 Prozent am Ende des Jahrhunderts. Und danach wird er weiter sinken. Wenn die Babyboomer sterben, erlebt Deutschland also eher eine ungebremschte Verjüngung statt einer Vergreisung. Der jüngst von der EU-Kommission lancierte Vorschlag, bis 2050 die Rente

auf 70 heraufzusetzen, würde also erst wirksam werden, wenn der Anteil der Rentner an der Bevölkerung längst wieder sinkt. Ganz von der Fragwürdigkeit der Annahmen über die ständig wachsende Lebenserwartung abgesehen.

„Die Demografie ist kein Tsunami, der uns alle überrollt, und hinterher sind wir mausestot“, sagt der Mannheimer Ökonom Börsch-Supan. Dieser Eindruck sei vielleicht das Ergebnis der öffentlichen Debatte, aber auf jeden Fall nicht das seiner Modellrechnungen. Die zeigen beispielsweise, dass ein Großteil des heutigen Wirtschaftswachstums auch in 50 Jahren erhalten bleibt – und dass es dafür nur eine untergeordnete Rolle spielt, wie viele Kinder in den nächsten Jahrzehnten zur Welt kommen. Egal, ob die Geburtenrate bei 1,4 bleibt, auf 1,1 absinkt oder in Kürze bis auf 1,8 ansteigt, langfristig bringen alle Prognose-Szenarien das gleiche Wachstum: Das Bruttonationaleinkommen pro Einwohner steigt jährlich um etwa 1,5 Prozent. Die Prognosen sind nicht mehr so rosig wie in den goldenen Siebzigern und Achtzigern, aber auch nicht viel schlechter als der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre mit etwas über zwei Prozent. Wenn es gelänge, den Anteil von Frauen und älteren Arbeitnehmern an der Erwerbsarbeit zu erhöhen, würde der Verlust sogar noch geringer ausfallen. Das Wirtschaftswachstum wird nicht durch den Einwohnerrückgang bedroht, zumal sich der durch höhere Zuwanderung aus Ländern mit Geburtenüberschuss ausgleichen ließe, sondern durch Ressourcenverbrauch, Umweltzerstörung und einem langsam negativ werdenden Einfluß von Wirtschaftswachstum auf die Lebensqualität.

Aus Sicht von Arbeitnehmern wäre ein Bevölkerungsrückgang sogar positiv. „Die qualifizierte Arbeitslosigkeit erledigt sich durch die Demografie von selbst“, meint der Mannheimer Forscher. Akademiker ohne Job dürfte es in 30 Jahren kaum noch geben. Der neueste Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und ebenso das Schweizer Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos sagen eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis 2030 voraus. Bei konstant bleibender Geburtenrate. Wohlstandsverfall durch Kinderlosigkeit? Die Forschung kann diese These nicht stützen.

Christoph Butterwegge, Politologe an der Universität Köln, erblickt in der gegenwärtigen Debatte eine „Biologisierung“, deren Motiv die „Erhaltung des deutschen Genmaterials“ sei und nicht etwa die zahlenmäßige Größe der Bevölkerung in Deutschland. Die ließe sich auch durch mehr Einwanderung konstant halten. Die Vereinten Nationen rechnen vor, dass dazu bis 2050 etwa 330000 Menschen jährlich in die Bundesrepublik einwandern müssten – eine Zahl, die keineswegs jenseits des deutschen Erfahrungsrahmens liegt. Dennoch werde Zuwanderung als demografische Gestaltungsmöglichkeit kaum diskutiert, kritisiert Butterwegge. Im Gegenteil: In einem Atemzug würden in der Debatte die niedrigen Geburtenraten mit einer drohenden Überfremdung genannt.

Mit der viel zitierten „Pyramide“ werde „zudem eine Vorstellung von einem natürlichen Soll-Bild generiert, das nie existiert hat“ sagt der Bevölkerungsgeograf Stephan Beetz. In der Geschichte gäbe es schlichtweg keine Gesellschaft, deren Aufbau man

¹ Diese von ihnen erwartete Entwicklung ziehen sie zur Begründung dafür heran, dass das Rentenalter heraufzusetzen sei.

² Angenommen, in Deutschland würden jedes Jahr 600000 Kinder geboren und diese Geburtenzahl wäre über Jahrzehnte konstant, dann würde sich bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 40 Jahren die Bevölkerungszahl bei 24 Millionen einpendeln, bei 70 Jahren bei 42 Millionen und bei 80 Jahren bei 48 Millionen. 2009 wurden in Deutschland ca. 651000 Kinder geboren. Angenommen, ihre Lebenserwartung betrüge im Mittel 80 Jahre, dann würde sich bei ausgeglichenem Wanderungssaldo (Zahl der Auswanderer = Zahl der Einwanderer) langfristig eine Einwohnerzahl von rund 52 Mio einstellen, wenn die Geburtenzahl konstant bliebe. Stiege die Lebenserwartung auf 90 Jahre, dann wären es knapp 59 Mio. Einwohner. Um eine Einwohnerzahl von 80 Mio zu halten, müsste bei konstanter Geburtenzahl die durchschnittliche Lebenserwartung auf 124,4 Jahre steigen. Da aber in Deutschland nicht die für eine einfache Reproduktion nötige Zahl von 2,1 Kindern je Frau geboren werden, sondern nur knapp 1,4 würde ohne Zuwanderung die Einwohnerzahl in Deutschland bis 2100 auf 20 Mio zurück gehen, wenn es bei 1,4 Kindern je Frau bliebe. Das ist etwa die Zahl von Menschen, die dann in Deutschland leben könnten, wenn unser Umweltverbrauch so weiter geht wie bisher.

als „natürlich“ bezeichnen könne. Wenn heute die ehemals so „gesunde“ Form der Bevölkerungspyramide nach dem Bild einer Tanne als erstrebenswertes Ideal dargestellt werde, so sei das schlichtweg Unsinn. Bis 1910, als die deutsche Pyramide noch eine Tanne war, hatte sie zwar eine starke Basis aus Kindern, und keine zehn Prozent der Bevölkerung waren älter als 64 Jahre. „Aber wollen wir wirklich so eine Gesellschaft wiederhaben?“, fragt Beetz. Die Tanne blieb nur deshalb Tanne, weil 1910 jedes sechste Neugeborene bereits im ersten Jahr starb. Die durchschnittliche Lebenserwartung einer deutschen Frau lag damals etwa bei 45 Jahren.

Was nicht heißen soll, dass Familienpolitik etwas Schlechtes ist. Doch erst wenn wirtschaftliche und soziale Herausforderungen wieder als solche diskutiert werden – und nicht als Problem der biologischen Reproduktionsrate –, kann die Familienpolitik das tun, was sie eigentlich soll: Menschen die Verwirklichung eines Kinderwunsches ermöglichen. Mehr nicht.

„Nur das verspreche langfristig auch mehr Geburten“, sagt James Vaupel, Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock. Schweden ist in seinen Augen ein gutes Beispiel: Dort hat eine solide demografische Debatte schon vor 30 Jahren zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Zielvorstellung war die Vision, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Gleichberechtigung – auch der Geschlechter – das oberste Ziel ist. Bis heute bekommt in Schweden jede Frau durchschnittlich mehr als zwei Kinder.

Insbesondere die junge Generation dürfte sich in einer Debatte nach schwedischem Vorbild eher wiederfinden als im gegenwärtigen Panikdiskurs. Der schafft vor allem eins: Verunsicherung. Der Chefdemograf James Vaupel rät darum zu mehr Gelassenheit: „*There is too much fear in Germany and not enough hope.*“

B) Renten

Renten und Demografie:

In Deutschland werden im Moment ca. 1,4 Kinder je Frau geboren, für eine einfache Reproduktion der Bevölkerung wären ca. 2,1 nötig (wegen frühen Sterbefällen und Unfruchtbarkeit). Das schafft kein Land in Europa. Ausgeglichen werden könnte das nur durch Zuwanderung, die aber aus verschiedenen Gründen begrenzt wird. In den nächsten Jahrzehnten wird das zunehmend³ dazu führen, dass die Einwohnerzahlen sinken und immer weniger junge Leute in das Berufsleben eintreten. Zugleich wächst die Lebenserwartung⁴. Zunehmend weniger Berufstätige stehen damit zunehmend mehr Rentnern gegenüber und müssen deren Rente erwirtschaften. Dieses Problem betrifft alle europäischen Länder, auch Frankreich, wo je Frau die meisten Kinder in Europa⁵ geboren werden.

Das wirft Probleme mit der Rentenfinanzierung auf: unser jetziges System ist unter diesen Bedingungen nicht zukunftsfähig und muß geändert werden. Dazu sind in der EU eine Reihe von Modellen in der Diskussion und teilweise schon in Praxis. Im Folgenden eine Übersicht über Handlungsmöglichkeiten:

1. Vollbeschäftigung, um die Zahl der Beitragszahler zu erhöhen. Alle die physisch dazu in der Lage sind, die nötige Qualifikation haben und einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, müssen das können. Dazu muß die Arbeit grundsätzlich anders organisiert werden. Der Rückgang der nachrückenden Jungen wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannen, reicht aber bei weitem nicht, um auf diese Weise Vollbeschäftigung der Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen zu erreichen. Außerdem werden Kosten für Ausbildung und Erziehung gespart, die dann zusätzlich für Renten zur Verfügung stehen.
2. Unter der Voraussetzung, dass die Wirtschaft auch in Zukunft wie bisher wächst, reichte es, wenn die Renten künftig nur nach Maßgabe der Inflationsrate erhöht werden. Damit bliebe die Kaufkraft und der von ihr abhängige Teil der Lebensqualität erhalten, würde aber auch nicht weiter steigen. Die wachsende Differenz zwischen Rentnern und Erwerbstätigen würde durch das Wachstum ausgeglichen. Die Beiträge müssten nicht erhöht werden. Nachteil ist, dass das nicht funktioniert, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst, was ich aus Gründen der Lebensqualität und des Schutzes der Umwelt bevorzugen würde.

³ Weil Frauen, die nicht geboren worden sind, keine Kinder bekommen, wird sich in den nächsten Jahren der Einwohnerrückgang verschärfen, selbst dann, wenn wir wieder deutlich mehr als 2 Kinder je Frau haben sollten. Demografische Prozesse wirken lange in die Zukunft und lassen sich in der Regel (extreme Situationen und Umbrüche ausgenommen) durch politische Maßnahmen nicht kurzfristig ändern. Wer heute geboren oder nicht geboren wird, wird die Entwicklung in den nächsten 70 bis 80 Jahren mitbestimmen oder eben nicht.

⁴ Gegenbsp. In den USA sinkt die Lebenserwartung aufgrund fehlerhafter Ernährung, Bewegungsmangel, u.a.

⁵ Das geht zum kleinen Teil auf eine Politik zurück, mit der seit Ende des zweiten Weltkrieges versucht wird, erwerbstätige Frauen so zu fördern, dass Arbeit und Kinder gut vereinbar sind, zum größeren Teil aber auf die hohe Fortpflanzungsrate von Immigrantinnen und Bürgern der überseeischen Territorien.

3. Heraufsetzung des Rentenalters: die deutsche Lösung. Diese Lösung bevorzugen die Wirtschaftsverbände. Da viele Erwerbstätige, vor allem solche, die körperlich stark belastende oder sehr stressige Tätigkeiten ausgeübt haben, gesundheitshalber gar nicht in der Lage sind, so lange zu arbeiten und andere wegen ihres Alters keine Erwerbsarbeit mehr finden und von den Argen gedrängt werden, vorzeitig mit Abschlägen in die Rente zu gehen, läuft diese Variante auf eine Rentenkürzung besonders für die hinaus, die besonders gesundheitsbelastende Tätigkeiten ausgeführt haben. Ein Nachteil dieser Lösung ist auch, dass je länger die Alten arbeiten, je schwerer wird es für die Jungen nach der Ausbildung einen Job zu finden.
4. Offene Senkung der Renten. Das wird z.B. in Frankreich diskutiert, aber wohl nicht oder nur teilweise umgesetzt. In Griechenland und vermutlich auch Portugal wird das unter Sparzwängen praktiziert, obwohl die Renten dort schon zu den niedrigsten in der EU gehören. Oft werden offene oder verdeckte Rentenkürzungen mit der Förderung privater Vorsorge verbunden (bei uns z.B. Riesterrente).
5. Erhöhung der Rentenbeiträge: Wird bei uns scharf zurück gewiesen, weil durch die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber dadurch die Arbeitskosten steigen würden. Es wäre aber auch möglich, die Beiträge zu erhöhen, wenn zumindest ein Rentensockel über Steuern finanziert würde. Dann stünde mehr Geld zur Verfügung ohne die Lohnnebenkosten zu erhöhen.
6. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Ältere, so dass diese freiwillig länger arbeiten. Das bedeutet Verbesserung der sozialen Anerkennung von Senioren in ihren Unternehmen, altersgerechte Motivierungsmechanismen: sozialer Aufstieg ist für arbeitende Senioren kaum noch ein Anreiz und auch Angst vor Arbeitslosigkeit funktioniert nicht mehr zur Disziplinierung⁶, wenn jederzeit in die Rente eingetreten werden könnte. Senioren sind in der Regel auch weniger mobilitätsbereit und weniger belastbar. Hier wären altersgerechte Teilzeitarbeitsplätze sinnvoll. Unter den gegenwärtigen Bedingungen würde aber jede Erhöhung des realen Renteneintrittsalters, sei es freiwillig, sei es erzwungen, dazu führen, dass die Jugendarbeitslosigkeit stiege. Das Problem hoher Sozialkosten würde damit nicht gelöst, sondern nur verschoben.

Eine sozial und ökologisch verträgliche Lösung des Problems der Rentenfinanzierung ist nur über Vollbeschäftigung möglich. Das ist allein über die sogenannte Passivsanierung (Rückgang der Arbeitnehmer durch Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge ins Erwerbsleben) nicht möglich und ein weiteres Wachstum der Wirtschaft ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nur zu Lasten von Umwelt und Lebensqualität möglich. Wachstum, das durch sinkende Lebensqualität ermöglicht wird, ist aber sinnlos. Die vernünftigste Alternative zur Senkung der Sozialkosten ist Vollbeschäftigung durch

⁶ Hier liegt ein wichtiger Grund, weshalb jüngere Chefs häufig nur ungern ältere Mitarbeiter einstellen. Sie sind stärker am Arbeitsinhalt interessiert und schwieriger dazu zu bringen, Entscheidungen engagiert umzusetzen, die sie auf Grund ihres Wissens und ihrer Erfahrung, aber auch von Vorurteilen und Unterschätzung neuer Bedingungen für falsch halten.

Verkürzung der Arbeitszeit. Damit das funktioniert, müssen Arbeitszeit und Produktionszeit weiter entkoppelt werden und die Arbeitszeit muss flexibler organisiert werden. Die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten wäre eine Möglichkeit.

Jeder Arbeitnehmer erhält ein Stundenkontingent von sagen wir 67000 Arbeitsstunden, die er in seinem Arbeitsleben erreichen muss. Vollzeitbildung wird darauf ab 18. Geburtstag mit 30 Stunden je Woche angerechnet. Diese Zeit wird so auf Jahre verteilt, dass sich ein Jahressoll von 1400 Arbeitsstunden ergibt. Das entspricht 30 Stunden je Woche. Was darüber gearbeitet wird, wird gut geschrieben. Überstundenzuschläge etc. entfallen. Die real mögliche wöchentliche Arbeitszeit wird auf 50 Stunden begrenzt. Die gängige Praxis, die Arbeitnehmer unbezahlt länger arbeiten zu lassen (im Mittel je Tag ca. 1 bis 1,5 Stunden), wird bestraft. Jede Arbeitsstunde ist dem Zeitkonto gut zu schreiben, Kappung von Mehrarbeit ist nur zulässig, wenn der Arbeitgeber vorher ausdrücklich aufgefordert hat, bei Gleitzeit nicht mehr X Stunden je Woche zu arbeiten und die übertragenen Aufgaben von einem durchschnittlichen Arbeitnehmer mit der für den Arbeitsplatz geforderten Qualifikation auch in der vorgesehenen Zeit in der geforderten Qualität erfüllt werden können.

Zeitguthaben können im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber jederzeit abgefeiert werden, sie können aber auch benutzt werden, um früher in den Ruhestand zu gehen. Da sich dadurch allerdings eine Verlängerung des Rentenalters ergibt, wäre für jedes Jahr Renteneintritt vor 65 ein Abschlag von 5% vom beitragsfinanzierten Rententeil nötig. Damit das funktioniert, muss geklärt werden, wie die Zeitansprüche bei Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens und bei Wechsel des Arbeitgebers gesichert werden können. Bei einer Kündigung beginnt die Arbeitslosigkeit erst, wenn evtl. vorhandene Zeitguthaben⁷ voll verbraucht sind. Der Betroffene muss sich aber sofort bei der Arbeitsagentur melden und der Vermittlung zur Verfügung stehen. Damit würde auch die Arbeitsagentur finanziell stark entlastet.

Die bei Eintritt in eine neue Arbeitsstelle noch übrigen Zeitgutschriften werden von der Arbeitsagentur verwaltet, der bisherige Arbeitgeber hat dazu dort die entsprechende Lohnsumme (inklusive Arbeitgebernebenkosten) einzuzahlen.

In diesem System wird eine Grundrente über Steuern finanziert. Sie muß unabhängig von der realen Lebensarbeitszeit so hoch sein, dass keinerlei weitere Sozialhilfe nötig ist und ab 60 Jahren für alle gezahlt werden kann. Mit anderen Worten: Einführung eines steuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommens ab 60. Auf dieses Grundeinkommen könnte die paritätisch finanzierte Altersrente nach dem bisherigen Modell aufgesetzt werden und wem auch das nicht genügt, dem steht eine private Zusatzrentenversicherung zur Verfügung. Die Summe aus steuerfinanzierter Grundrente, evtl. Unfallrenten und paritätisch finanzierter Rente darf 70% des Durchschnittseinkommens

⁷ Beispiel: Ein Arbeitnehmer wird fristgemäß gekündigt. Dann arbeitet er zunächst weiter, bis die Kündigung wirksam wird. Findet er dann keine neue Arbeitsstelle, beginnt der Verbrauch der Zeitguthaben. Nehmen wir an, er hat 700 Stunden angespart, dann hat er Anspruch auf ein halbes Jahr volle Bezahlung inklusive Sozialabgaben. Erst danach beginnt der Anspruch ALG I, bei dem das abgefeierte Zeitguthaben als normale tatsächliche Arbeitszeit anzurechnen ist.

der letzten 10 Jahre Erwerbstätigkeit nicht übersteigen, jedoch höchstens so hoch sein, wie das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen. Damit würden gesetzliche Renten und Pensionen für Spitzenverdiener gesenkt und zugleich die Lohnnebenkosten deutlich sinken. Sinkt das Durchschnittseinkommen, müssten auch alle gesetzlichen Renten oberhalb des steuerfinanzierten Sockels mit sinken. Steigt es, steigen die Renten anteilig mit. Eltern erhalten für jedes Kind, das Anspruch auf Kindergeld hat einen Rentenfreibetrag von 1000 Euro Bruttoeinkommen, unabhängig davon, ob es ein eigenes oder ein adoptiertes Kind ist. Wird über die gesetzlichen Mindestvorsetzungen hinaus freiwillig länger gearbeitet, wird der Rentenanspruch um 4% je Jahr erhöht, wenn die jährliche Arbeitszeit mindestens 1200 Stunden beträgt.

C) Finanzielle Folgen für die Kommunen

Der Erhöhung des Rentneranteiles stehen in den Kommunen verringerte Einnahmen aus der Einkommenssteuer gegenüber. Der Geburtenrückgang führt im Gegenzug zu sinkenden Ausgaben für Kinderbetreuung (Kindertagesstätten und Schulen). Diese Einsparungen sollten allerdings für eine Verbesserung der Qualität und für freiwillige Aufgaben zur Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden.

Einsparungen werden erzielt, weil durch den fallenden Anteil von Einwohnern im Erwerbsalter die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sinkt, für die Kommunen die Warmmiete übernehmen müssen. Im Gegenzug steigen die Kosten für die Betreuung alter Menschen an. Es wird auch Verschiebungen in den kulturellen und Freizeitinteressen geben: Bei einer Reihe von Einrichtungen werden die Besucherzahlen zurück gehen und damit die Einnahmen. Damit steigt der Subventionsbedarf. Das wird voraussichtlich nicht durch steigende Einnahmen bei Veranstaltungen kompensiert, die bevorzugt von Älteren besucht werden. Ältere besuchen im Allgemeinen weniger Veranstaltungen und zum anderen gehen in absehbarer Zeit die Einwohnerzahlen deutlich zurück, in einigen Jahren auch in Leipzig und Dresden. Der Druck aus Mindereinnahmen wegen veränderter Interessen älterer Menschen, Abwanderung und zurückgehender Einwohnerzahl, vor allem junger Leute, wird Dörfern und Kleinstädten fern der großen Städte schwer zu schaffen machen. Eine Reihe von Kultur- und Freizeiteinrichtungen werden geschlossen werden müssen.

D) Wirtschaftliche Aspekte

Die zurückgehende Zahl von Schulabgängern führt auch zu einem Rückgang von Bewerbern für Ausbildungsplätze. Vor allem Berufe mit körperlich fordernden Arbeiten bekommen das bereits jetzt zu spüren. Selbst Lehrstellen bei Handwerksberufen, die gute Chancen bieten, einen Arbeitsplatz zu bekommen, können zunehmend weniger mit geeigneten Bewerbern besetzt werden, während bei relativ prestigestarken Dienstleistungs- und Verwaltungsberufen die Zahl der Bewerber immer noch weit höher ist als die Zahl der Stellen. Hier muss unbedingt die Information von Schülern und ihre Berufsberatung verbessert werden. Das gilt auch für das Studium, auch dort trifft der Rückgang der Studenten vor allem technische Fachrichtungen.

Hinsichtlich der Berufswahl kommt auch eine wachsende Verantwortung auf die Schulen zu. Diese können der Verantwortung aber bisher kaum gerecht werden, da es den Lehrern ebenfalls an fundierten Wissen in diesem Bereich fehlt. Die zuständigen Arbeitsagenturen können aber nur beraten, wer bei ihnen Rat sucht und erreichen die Schüler gerade dann kaum, wenn grundlegende Entscheidungen über die weitere Qualifikation und den Berufsweg fallen.

Ein Fachkräftemangel resultiert daraus allerdings nicht automatisch. Es gibt nach wie vor ausreichend ältere Langzeitarbeitslose, die über die am Arbeitsmarkt gefragten Qualifikationen verfügen. Allerdings müssten diese Arbeitssuchenden nachqualifiziert werden, um ihre Grundlagenkenntnisse aus lange zurückliegendem Studium oder Berufsausbildung mit dem für die gefragten Tätigkeiten nötigen Spezialwissen zu ergänzen. Diese Einarbeitungs- und Qualifizierungskosten scheuen viele Unternehmen. Dazu kommt, dass viele Arbeitslose durch jahrelange erfolglose Suche und Arbeiten auf Arbeitsplätzen, die weit unter ihrer Qualifikation liegen, ihr Selbstvertrauen soweit verloren haben, dass sie sich oft gar nicht mehr auf ihrem Qualifikationsniveau bewerben. Oder sie entwickeln eine scheinrealistische Haltung, dass es sowieso nichts wird, dass sie dann wegen Unsicherheit und ihrer pessimistischen Grundhaltung auch dann nicht genommen werden, wenn sie über die gesuchte Qualifikation verfügen. In der Öffentlichkeit geht auch weitgehend unter, dass auch Überqualifikation gar nicht so selten ist, vor allem jüngere Vorgesetzte stellen oft nur ungern ältere erfahrene Fachkräfte ein, wenn sie fürchten, dass die deutlich mehr Wissen und Erfahrungen haben als sie selbst. Dazu kommt, dass ältere Fachkräfte durch die Tarifvereinbarungen oft teurer sind als jüngere, ohne deshalb automatisch mehr zu leisten. Im Moment steht hinter dem Fachkräftemangel eher eine latente Ablehnung älterer Arbeitssuchender als tatsächliches Fehlen von qualifizierten Arbeitssuchenden.

Klar ist aber, dass die Bedeutung der innerbetrieblichen Weiterbildung des Personals wächst. Hier brauchen vor allem kleinere Unternehmen Unterstützung durch die kommunale Wirtschaftsförderung, um gemeinsam Qualifizierungsmaßnahmen durchführen zu können mit denen ein kleines Unternehmen allein überfordert wäre.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die bis etwa 2050 wachsende Differenz zwischen der Zahl der Älteren, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, und der zurückgehenden Zahl Junger, die in das Erwerbsleben eintreten, zu einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen beitragen. Im Moment gibt sich aber die Wirtschaftslobby große Mühe, diesen Effekt durch eine Anhebung des Rentenalters zu konterkarieren. Allerdings kommt diese sogenannte Passivsanierung des Arbeitsmarktes in den Kommunen sehr unterschiedlich an. Ältere Menschen fragen andere Dienstleistungen nach als Jüngere. Auch Autos, Möbel u.ä. kaufen sie weniger. Dafür viel mehr Medikamente und Gesundheitspflege-mittel. Dieses sich verändernde Nachfrageprofil kann der regionalen Wirtschaft insgesamt zugute kommen, es kann sie aber auch schwächen. In den schrumpfenden Dörfern und Kleinstädten reicht oft die Kaufkraft nicht mehr aus, so dass Geschäfte, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe schließen müssen. Dazu kommt, dass auch bei Älteren Einkauf via Internet zunimmt und die regionale Kaufkraft schwächt. Das alles kann dazu führen, dass im ländlichen Raum die regionale Wirtschaft schrumpft und die Arbeitslosigkeit auch dann wächst, wenn sie insgesamt zumindest durch die „Passivsanierung“ sinkt.

Verschärft wird das, weil damit zu rechnen ist, dass es künftig in den Wirtschaftszentren vor allem der süd- und westdeutschen Bundesländer zu Arbeitsmangel kommen wird. Das wird zur Verstärkung der Abwerbung junger, gut qualifizierte Arbeitskräfte aus den weniger prosperierenden Regionen führen. Dieser Abzug von qualifizierten Kräften, der bereits im Gang ist, wird die wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen weiter schwächen. Hier muß auf jeden Fall die Konkurrenz der Kommunen durch Kooperation überwunden werden. Der Wettkampf der Kommunen um Investoren und gut qualifizierte junge Leute führt gesamtgesellschaftlich dazu, dass die Unternehmen ihre Gewinne zu Lasten der Kommunen steigern: Was einige gewinnen, verlieren andere mehrfach. Die Vorleistungen, um Unternehmen und Fachkräfte anzuziehen, bleiben oft erfolglos. Das dort verausgabte Geld für Umwelt, Bildung, Kinder und Soziales und die wenigen Gewinner dieses Rennens der Kommunen zugunsten der Unternehmensgewinne können das nicht wettmachen. Solange aber alle mitmachen, bleiben vor allem die auf der Strecke, die nicht mitmachen. Hier ist vor allem auch die EU gefragt.

E) Wohnungsmarkt

Der Geburtenrückgang wirkt sich erst mit starker Verzögerung auf den Wohnungsmarkt aus. Vor allem in den 90er Jahren ist die Wohnfläche pro Kopf gewachsen, so dass trotz zurückgehender Einwohnerzahl der Wohnungsbedarf zunächst gestiegen ist. Das wird sich in den nächsten 10 Jahren ändern: Die geburtenschwachen Jahrgänge ab 1990 verlassen die elterliche Wohnung und benötigen eigene Wohnraum. Durch Sterbefälle und Umzug ins Altenheim werden künftig deutlich mehr Wohnungen frei als benötigt werden. In den großen Universitätsstädten wird sich das noch etwas verzögern: Sie haben vom Zuzug aus dem ländlichen Raum profitiert. Da aber nun die geburtenschwachen Jahrgänge die Hochschulen erreichen und der Zuzug aus dem

Umland langsam rückläufig werden wird: Die mobilen Jüngeren sind zum größten Teil bereits in die Städte gezogen und ohne junge Einwohner gibt es in den Kleinstädten und Dörfern fern der großen Städte auch keine Kinder. Folge der zurückgehenden Nachfrage nach Wohnungen ist ein Druck auf die Mieten. Die Rendite der Vermieter wird sinken und damit auch der Immobilienpreis. Das wird auch gebrauchte Eigenheime betreffen.

Konzepte, die darauf setzen, momentan nicht bewohnte Häuser zu konservieren oder fällige Sanierung aufzuschieben, in der Hoffnung auf künftige wieder stärkere Nachfrage, laufen unter diesen Bedingungen ins Leere. Hier ist auch ein Umdenken beim Denkmalschutz nötig. Das umso mehr als durch die zu erwartenden überdurchschnittlich steigenden Energiepreise aus Gründen des Denkmalschutzes schlecht gedämmte Wohnungen schlechter vermietbar sein werden. Das kann durch Modewellen, wie z.B. die teure denkmalsgeschützte Altbauwohnung als Statussymbol, zwar zeitweise aufgehalten werden, aber den Gesamttrend können solche Wellen nicht dauerhaft ändern. Das alles wird auch zu einem Rückgang der Bautätigkeit führen.

F) Infrastruktur

Vielen Regionen Ostdeutschlands, Nordhessen, dem Ruhrgebiet und Saarland, rund um Bremen oder in Nordostbayern prognostizieren Demografen eine abnehmende Bevölkerungszahl - bis zu zehn Prozent und mehr können sie schon bis zum Jahr 2025 verlieren. Vor allem ihre jungen Bewohner wandern in prosperierende Ballungsräume ab, wo es Arbeitsplätze, Kultur- und Bildungsangebote oder schlicht noch Chancen gibt, sich zu verwirklichen. In ihrer Heimat verschärft der Exodus der 20- bis 40-Jährigen das Geburtendefizit weiter: Ein Teufelskreis.

Durch die im ländlichen Raum teilweise drastisch verringerte Zahl der Kinder müssen Schulen und Kitas zusammengelegt und/oder geschlossen werden. Zugleich wird aber auch der ÖPNV durch die zurückgehenden Fahrgastzahlen ausgedünnt. Der Weg zu Kindertagesstätte und Schule wird länger und für Kinder werden diese Einrichtungen immer schwerer zu erreichen. Der nur selten fahrende Schulbus erschwert zudem die Teilnahme an außerschulischen Aktivitäten. Die Abhängigkeit der Familien mit Kindern steigt. Das setzt aber eine hohe zeitliche Verfügbarkeit der Eltern (bzw. von Verwandten oder Freunden) voraus. Vollzeitbeschäftigung beider Eltern wird zum Problem, wenn keine Verwandten oder Freunde helfen können. Alleinerziehende können so kaum Kinderbetreuung und volle Erwerbstätigkeit unter einen Hut bringen. Die Entwicklung der Kinder muß unter solchen Bedingungen fast zwangsläufig leiden. Der Wunsch der Familien mit Kind und der Alleinerziehenden in die größeren Städte oder deren Umgebung zu ziehen, wird verstärkt.

Der Bevölkerungsrückgang führt auch zu einer deutlichen Verringerung der regionalen Kaufkraft: Kleinere Geschäfte und Kultureinrichtungen im ländlichen Raum müssen aus

wirtschaftlichen Gründen schließen. Damit werden die stark schrumpfenden Regionen auch unattraktiv für Personen, die zur Versorgung der zurückbleibenden Älteren dringend gebraucht werden, z.B. Ärzte und Apotheker.

Noch viel stärker als in den größeren Städten wird die Infrastruktur im ländlichen Raum zum Problem: Die Festkosten für die Wasser-, Gas- und Stromversorgung verringern sich kaum, wenn die Zahl der Einwohner stark sinkt, Rückbau ist schwierig: Leitungen und Straßen werden ja auch dann noch benötigt, wenn nur noch Wenige im Dorf wohnen. Sind diese dazu noch älter und ist abzusehen, dass in 10 oder 20 Jahren das Dorf leer ist, lohnt es auch nicht mehr, die Dimensionen der zentralen Infrastruktur zu verringern. Bis 2050 wird vermutlich ein Viertel bis ein Drittel aller sächsischen Dörfer und Kleinstädte tot geschrumpft sein.

Verschärft wird das durch die Rationalisierung der Landwirtschaft. Dadurch ist der Arbeitskräftebedarf je Hektar seit 1990 drastisch gesunken, zumal die meisten großen Agrarbetriebe auf den Massenanbau nur einiger weniger Kulturen und auf Massentierhaltung setzen, arbeitsintensive Kulturen, wie z.B. Gemüse, werden vor allem von den Großbetrieben in den neuen Ländern nur selten vorrangig betrieben.

Durch Rationalisierung und Konzentration gibt es in vielen Dörfern überhaupt keinen Agrarbetrieb mehr. Die bäuerlichen- bzw. Agrarbetriebe waren aber oft auch das kulturelle und zentrale Zentrum der Dörfer: Sie haben eine entscheidende Rolle bei der Organisation von Volksfesten gespielt, sich um die Betreuung ihrer früheren, nun berenteten Mitarbeiter gekümmert und auch kräftige Impulse für ehrenamtliches Engagement gegeben. Ohne diese Integrationsfunktion, die meist auch nicht von einer anderen Einrichtung übernommen werden kann, zerfallen die Dörfer und ein Teil der gebrechlichen Alten vereinsamt zunehmend.

Insgesamt führt der starke Einwohnerrückgang in vielen großstadtfernen Dörfern, denen die wirtschaftliche Grundlage abhanden gekommen ist, zu einem Auseinanderklaffen von schrumpfenden Einnahmen der Kommunen und hohen Unterhaltungskosten für die Infrastruktur. Das führt oft auch zu sinkender Lebensqualität der Einwohner und dem Zerfall der sozialen Beziehungen unter ihnen.

Die Infrastruktur wurde nach und nach auf immer mehr Menschen ausgelegt, Wasserversorgung, Abwasserkanäle, Straßen oder Stromtrassen sind auf Wachstum gepolt. Fallen nun plötzlich ganze Viertel weg, bekommen die Betreiber technische und monetäre Schwierigkeiten: Zu wenig Wasser spült die Kanalisation durch, in der sich nun plötzlich Fäkalien und Unrat sammeln. Das Straßennetz zerfällt, weil die überdimensionierten Verkehrswege nicht mehr finanziert werden können - weniger Einwohner bedeuten schließlich auch sinkende Einnahmen für die Kämmerer. Die Entscheidungsträger stehen also vor der Wahl, den Verfall zuzulassen, was ihre Gemeinden noch unattraktiver macht. Oder sie versuchen, das Ruder konsequent durch Rückbau herumzuwerfen.

Einige ostdeutsche Städte, wie Magdeburg, Dessau oder Halle, haben sich für diesen nur auf den ersten Blick radikaleren Weg entschieden: Halle an der Saale reißt leerstehende Plattenbausiedlungen am Stadtrand ab, Magdeburg begrünt Industriebrachen unter dem Slogan „Weniger Stadt, mehr Grün“, und für die Großwohnsiedlung Halle-Silberhöhe wurde sogar das Leitbild der „Waldstadt“ formuliert, in der große Aufforstungsflächen der Natur zurückgegeben werden sollen. In Dessau stimmten die Bürger in einer Befragung selbst dafür, das „Gartenreich“ in die Stadt zu holen - als Fortsetzung des Unesco-Weltkulturerbes Dessau-Wörlitzer Gartenreich.

Im Gründerzeitgebiet und in den Plattenbaugebieten von Leipzig kam es in den letzten Jahren zu einer Entdichtung der Bebauung: Statt Häusern entstanden Grünanlagen und Bürgergärten. Bisweilen machte sich aber auch Wildwuchs breit.

Stadtplaner müssen ehemalige innerstädtische Industrieflächen aufwerten und sich auf die alten Kernbereiche der Metropolen konzentrieren, statt weiter die langfristig noch teurere Zersiedelung an ihren Rändern hinzunehmen. Es ist auch wichtig, bei der Ausweisung immer neuer Baugebiete für Eigenheime den sinkenden Bedarf zu kalkulieren. Leipzig z.B. weist noch immer neue Baugebiete aus, obwohl schon jetzt viele mit Geld der öffentlichen Hand erschlossene Bauplätze nicht verkauft werden können. In dieser Situation wächst die Konkurrenz mit den Umlandkommunen. In der Jagd nach Bauherren, die in der Regel auch gute Steuerzahler sind, wird versucht, zu Lasten der Natur immer attraktivere Baugebiete auszuweisen. Dass sie dabei zerstören, was dazu beiträgt, ihre Orte attraktiv zu machen und so in den älteren Gebieten am Ende mehr Einwohner verlieren als sie in den neuen gewinnen, übersehen viele Kommunalverwaltungen, aber auch die Mehrheit der gewählten Abgeordneten viel zu oft.

Bei allen Problemen bietet der Einwohnerrückgang auch neue Chancen, die Umweltzerstörung zumindest zu bremsen und damit Zeit zu gewinnen, um bessere Technologien zu entwickeln und unsere Lebensweise so zu verändern, dass wir unsere Lebensqualität nicht mehr auf Kosten unserer Existenzgrundlagen betreiben. Es gibt aber auch die Gefahr, dass die wachsende Konkurrenz der Kommunen um Einwohner zu einer Verschärfung der Naturzerstörung führt.

2. Kommunale Handlungsansätze

Insbesondere Kommunen mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen sind mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Gelingt es nicht, eine wettbewerbsfähige Infrastruktur aufrechtzuerhalten, droht die Abwanderung weiter zuzunehmen. Entsprechend besteht die Herausforderung darin, die vorhandene Bevölkerung möglichst stark an den Wohnort zu binden. Schrumpfende Regionen sind gefordert, Wohnen, Arbeit und Infrastruktur möglichst stark zu konzentrieren und gleichzeitig nicht mehr genutzte Fläche umzunutzen, um damit eine neue städtebauliche und naturräumliche Qualität zu erreichen.

A) Wirtschaft und Finanzen

„Heute kaufen – später bezahlen“ – dieser Slogan gilt leider allzu oft auch für den Zustand der Kommunalfinanzen, teilweise bewusst in Kauf genommen, mindestens ebenso oft aber auch wegen fehlender Alternativen. Nur dann, wenn Kommunen für die ihnen übertragenen Aufgaben hinreichende und planbare finanzielle Ressourcen erhalten, können sie ihrem Auftrag gerecht werden.

Dazu ist es notwendig im Prozess der Kürzungen die Bevölkerung konsequent einzubeziehen und damit eine höhere Akzeptanz für verschiedene Sparmaßnahmen herzustellen. Möglichkeiten dazu sind insbesondere Bürgerkonferenzen und das in verschiedenen westdeutschen Gemeinden erfolgreich umgesetzte Modell der Bürgerhaushalte unter Ausnutzung der Möglichkeiten der modernen Kommunikation.

Angesichts knapper öffentlicher Kassen gibt es zahlreiche Versuche, die Privatwirtschaft stärker in die finanziellen Aktivitäten der Wirtschaftsförderung einzubeziehen. Gut funktionierende Beispiele sind etwa regionale Beteiligungsfonds, die von lokalen Kreditinstituten, Unternehmen und Hochschulen gemeinsam getragen werden, um junge Existenzgründer mit Kapital zu versorgen. Im Wettbewerb um die besten Köpfe ist gerade die Förderung von Existenzgründern eine zum Teil deutlich unterschätzte Möglichkeit, um eine Bindung herzustellen.

Arbeitsmarkt und Qualifizierungsansatz:

Der Wettbewerb der Regionen insbesondere um junge, hochqualifizierte Menschen wird sich deutlich verschärfen. Ganz entscheidend ist dabei die berufliche Entwicklungsmöglichkeit in der Gemeinde (Einkommen; Qualifikationsangebote; Vereinbarkeit Familie und Beruf).

- Die Weiterbildung der älteren Arbeitskräfte gewinnt an Bedeutung. Hier brauchen vor allem kleinere Unternehmen Unterstützung durch die kommunale Wirtschaftsförderung, um Kräfte zu bündeln, aber auch um Ängste zu überwinden: Die Unternehmen konkurrieren teilweise untereinander und fürchten, bei gemeinsamer Qualifizierung und Erfahrungsaustausch, dass know how an (potenzielle) Konkurrenten abfließt.
- Die Mobilisierung der Bürger hilft auch ohne großen Kostenaufwand, die Lebensqualität zu verbessern und eine soziale Atmosphäre in der Kommune zu schaffen, die der Abwanderung entgegenwirkt. Lebensqualität und soziale Bindungen gegen die die Kommunen ruinierende Mobilität: Hier muß die mobilitätsfordernde Wirtschaft durch die Bundespolitik in die Schranken gewiesen werden. Die sozialen Kosten der wirtschaftsbedingten Mobilität übersteigen den wirtschaftlichen Nutzen.

- Der Anteil Jugendlicher ohne Bildungsabschluss muss verringert werden, Migranten müssen stärker beteiligt werden. Entsprechend müssen Weiterbildungsangebote geschaffen werden und die Gemeinden müssen Strategien entwickeln, um die Schulabbrecherquote zu senken.
- Um den Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase zu gewährleisten, sind Qualifizierungsangebote und Betreuungsangebote auszuweiten. Betriebe sollten für lokale Bündnisse für Familien gewonnen werden und mit flexiblen Arbeitszeiten, Rahmenverträgen mit Familien Service Beratungen oder eigenen Betreuungsangeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

B) Familien/ Jugend/ Soziales

Die sozialen Lagen der Menschen in einer Kommune sind sehr unterschiedlich. Für die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde ist die persönliche Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer Lebenssituation eine entscheidende Größe und wird zunehmend zum Standortfaktor. Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, die Lebensqualität für die Bevölkerung zu erhalten und hierbei insbesondere Rücksicht auf Kinder, Jugendliche und Familien zu nehmen. Kinder- und Familienfreundlichkeit ist dabei ein zentraler Standortfaktor im Wettbewerb um Einwohner. Gleichzeitig sind Kinder das Zukunftspotenzial einer Stadt. Vor allem in Großstädten gibt es aber immer weniger Haushalte mit Kindern. Bürgerschaftliches Engagement, Jugendbeteiligung, Kinder- und Familienfreundlichkeit spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle, wie die Stärkung der Identität mit der Kommune und der Auseinandersetzung mit der sozialräumlichen Segregation.

- Bei der Sozialarbeit und der Betreuung älterer Bürger müssen gemeinnützige Vereine, ehrenamtliche Arbeit und gegenseitige Unterstützung im Familien- und Bekanntenkreis nachdrücklich gestärkt werden. Sie sind effizienter und schrumpfungsresistenter als große kommerziell arbeitende Unternehmen. Für die aber die Fälle bleiben (z.B. schwere Erkrankungen, sozial Isolierte), die durch nicht-kommerzielle Netzwerke nicht erfasst werden.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausbau von Betreuungsangeboten und Beratungsstellen herstellen.

Bspl: Hoyerswerda - Jugend hat Visionen**Demografie-Profil:**

Bundesland	Sachsen
Bevölkerung (31.12.2007)	rund 40.000
Entwicklung 2000-2007 (in %)	-19,7
Entwicklung 2006-2025 (in %)	-33,4
Räumliche Einordnung	Verstädterte Räume - Verdichteter Kreis
Demografietyt	Schrumpfende und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung

Ausgangslage:

- Hoyerswerda war zu DDR-Zeiten Wohnstadt für den benachbarten Industriestandort Schwarze Pumpe und zählte zur Hochzeit fast 71.000 Einwohner.
- Seit der Wende hat die Stadt aufgrund einer verstärkten Abwanderung 22 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Bis 2020 rechnet man mit einem Rückgang bis auf 29.000 Einwohner.
- Beweggründe für das Projekt:
 - » Immer mehr Jugendliche verlassen nach Schule oder Ausbildung die Region um Hoyerswerda, denn nicht in jedem Fall gelingt es ihnen, einen Ausbildungs- bzw. Studienplatz zu bekommen.
 - » Die Auswirkungen lassen sich nicht nur anhand der demografischen Entwicklung der Lausitz messen, auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geht mit den Jugendlichen verloren – und damit weitere Arbeitsplätze.
 - » Die Region braucht nicht nur im Hinblick auf die EU-Erweiterung qualifizierte Arbeitskräfte, die den Besonderheiten unserer Region entsprechen.
 - » Die Jugendlichen sollen sich selbst mit den einmaligen Chancen der Region als Tourismusdestination vertraut machen und ihre Möglichkeiten in diesem Sektor erkennen und nutzen.

Ziel:

- Der/die Jugendliche als „Wirtschaftsfaktor“ muss so lange als möglich in der Region gehalten werden.
- Es müssen Perspektiven für eine Rückkehr in die Region erkennbar sein.
- Bereitstellung von Informationen über Möglichkeiten und Chancen in der Region.
- Bessere Identifikation mit der Heimat und damit höhere Bindung an diese.
- Das Projekt soll im Rahmen der Berufsvorbereitung zu einer festen Größe in und um Hoyerswerda werden.

Umsetzung:

- Der Verein StadtZukunft e.V. bringt gemeinsam mit der Stadt Hoyerswerda Jugendliche mit den regionalen Unternehmen zusammen und macht so auf die durchaus vorhandenen Chancen in der Region aufmerksam. Das Projekt „Jugend hat Visionen“ versteht sich als Informationsplattform und Wissensforum und ist langfristig angelegt.
- An die Teilnehmer der verschiedenen Schulformen (Gymnasium, Berufsschule, Mittelschule) werden Projekte vergeben, welche die Schüler, ggf. mit Unterstützung des Vereins, bearbeiten.
- Erster Projektdurchlauf im Schuljahr 2003/2004:
 - » 1. Phase: StadtZukunft e.V. bespricht mit Direktoren und Lehrern der Schulen mögliche Projektthemen.
 - » 2. Phase: Bearbeitung der Projektthemen durch die Schulen und ständige Kommunikation zwischen Verein und Projektlehrern.
 - » 3. Phase: Zusammenfassung und Präsentation der Ergebnisse zur Abschlussveranstaltung des Projektes für das entsprechende Schuljahr.

Bereits realisierte Projekte seit 2003:

- » „50 Jahre Neustadt“ – Was hat sich in 50 Jahren in HY verändert?
- » Entwurf eines Maskottchens für die entstehende Urlaubsregion „Lausitzer Seenland“.
- » Welche Berufe werden in Zukunft in der Region gebraucht? Welche Berufe laufen aus?

- » Präsentation der Erfahrungen aus den zweiwöchigen Sozialpraktika.
- » Analyse von speziellen Studiengängen an diversen Studieneinrichtungen unter Betrachtung der zukünftigen Möglichkeiten in unserer Region.
- » Vergleich der Stadt Wolfsburg mit der Stadt Hoyerswerda unter wirtschaftlichen, infrastrukturellen und kulturellen Gesichtspunkten.
- » Untersuchung eines Unternehmens von der Gründung an (Karstadt).
- » Gründung einer Schülerfirma ZW!G AG.
- » „Fit für die Bewerbung und fit für den Beruf“ (u.a. Bewerbungsgespräche in Unternehmen der Stadt).
- » Teilnahme am Bundesprojekt „BONG Q Berufsorientierung – Netzwerke – Ganztagsangebote“ mit dem Ziel der Verbesserung der Bildungschancen für Hauptschüler (Erlangung zusätzlicher Zertifikate i.Z.m. NATZ, zusätzliches Praktikum in den Winterferien, Bewerbungstraining, etc.).
- » Erstellung einer virtuellen Stadtführung aus der Perspektive von Konrad Zuse in den Jahren 1922 – 1928 (Wie sah Hoyerswerda damals aus?) und wie würdigt man Konrad Zuse heute? (in Kooperation mit dem Verein „Spirit of Zuse“).
- » Recherche und Darstellung der touristischen Projekte im „Lausitzer Seenland“ unter der Betrachtung neuer beruflicher Chancen.

Projekte im Schuljahr 2007/2008:

- » Jugend und Umwelt: Gestaltung von Abrissflächen; in Zusammenarbeit mit dem Grünflächenamt der Stadt.
- » Präsentation von Wirtschaftsunternehmen der Region in Bild und Ton.
- » Entwicklung eines Computerspiels zum Thema „Stadtplanung und Gestaltung von Freiräumen“.
- » Projekt zur Umweltverträglichkeit einer Müllverbrennungsanlage und der momentanen und zukünftigen Energiesituation.

Erfolge:

Identifikation der jungen Leute mit ihrer Heimat und Entwicklung eines besseren Bewusstseins für diese.

Bspl: Chemnitz - „Kind & Ko“ Demografie-Profil:

Bundesland, Landkreis	Sachsen, kreisfreie Stadt
Bevölkerung (31.12.2007)	244.951
Entwicklung 2000-2007 (in %)	-5,5
Entwicklung 2006-2025 (in %)	-15,2
Räumliche Einordnung	Agglomerationsräume - Kernstädte
Demografietypp	Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte

Ausgangslage:

- Kinder- und familienfreundliche Belange hatten schon immer einen hohen Stellenwert in der Stadt Chemnitz.
- Damit verfolgte die Stadt das Anliegen, Politik, Verwaltung und Verbände zu ermutigen, sich noch stärker gemeinsam für die frühe Förderung und Bildung von Kindern zu engagieren. Es gab eine Vielzahl an Prozessen, die es galt, in der Stadt bekannter zu machen und mit einem erweiterten Kreis an Beteiligten weiterzuentwickeln. Gleichzeitig sollten neue Prozesse initiiert werden und neue Strukturen entstehen.
- So wurde „Kind & Ko“ als Modellprojekt von 2004 bis 2007 von der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Stadt Chemnitz gemeinsam mit einer weiteren Modellkommune, der Stadt Paderborn, entwickelt. Seit 2008 führen beide Städte die Aktivitäten in eigener Regie weiter.

Ziele:

- Mit „Kind & Ko“ gehen die Projektpartner der Frage nach, wie die frühe Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern durch kommunale Vernetzung verbessert werden kann. Das Projekt will den Blick aller Akteure der Kommune für die individuellen Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes schärfen.
- Ziel ist es, eine stärkenorientierte Haltung gegenüber Kindern zu etablieren, eine Abstimmung von Angeboten aller Akteure im Bildungs-, Jugendhilfe und Gesundheitsbereich zu forcieren und eine gesamtkommunale Verantwortung für frühkindliche Bildungsprozesse zu entwickeln.

- Für die Stadt Chemnitz steht im Vordergrund, dauerhafte und zuverlässige Strukturen für die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung aufzubauen und die unterschiedlichen Bereiche und Initiativen in der Stadt zu bündeln.
- Ein weiterer Schwerpunkt liegt darauf, eine neue Qualität in der Beteiligung von Eltern und Kindern und der Verwirklichung ihrer Mitwirkungs- und Mitspracherechte zu erreichen und auch dadurch zu einer integrierten Angebotsstruktur für Kinder und Eltern beizutragen. Das Projekt vereint Professionelle, Eltern und Ehrenamtliche in der Arbeit an gemeinsamen Themen „rund um das Kind“.

Umsetzung:

- „Kind & Ko“ fördert den Ansatz der „Regionalen Steuerung“. Das bedeutet, Eltern als auch möglichst viele politische und professionelle Akteure an der Etablierung eines kommunalen Netzwerkes zur Förderung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern zu beteiligen.
- Steuernde und koordinierende Gremien bewirken die Zusammenführung dieser Akteure und gewährleisten die kommunalpolitische Verankerung der Aktivitäten.

Bedarfe erkennen

- Im Projekt „Kind & Ko“ stehen drei Handlungsfelder im Vordergrund:
 - » Die Stärkung von Kindertagesstätten als Bildungsorte
 - » Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Professionellen
 - » Die Entwicklung aufeinander abgestimmter Bildungsangebote durch professions- und institutionenübergreifende Kooperation „rund ums Kind“
- Die Handlungsbedarfe werden im so genannten „Forum Frühkindliche Bildung“ diskutiert, das Basis und Ausgangspunkt für das Projekt „Kind & Ko“ darstellte. Hier treffen sich möglichst viele Akteure von Eltern über Hebammen bis zum/zur Grundschullehrer/in (ca. 80 Personen). Sie entwickelten zunächst in einer Zukunftswerkstatt Projektideen. Seitdem tauschen sie sich regelmäßig über ihre Erfahrungen aus und beraten über neue Schwerpunkte. Grundlagen für solche Diskussionsprozesse bildeten zunächst zwei im Jahr 2005 durchgeführte Elternbefragungen. Seitdem folgten weitere Befragungen, z.B. Fragebögen für Väter, die immer wieder zu neuen Aktivitäten führten und somit Antworten auf den konkreten Handlungsbedarf suchen.

Steuern und Koordinieren

- *Steuerungsgruppe*: Die Steuerungsgruppe trifft die Grundsatzbeschlüsse für das Projekt und stimmt alle Aktivitäten aufeinander ab. Das Gremium setzt sich aus

politischen Entscheidern bzw. Vertreter/innen der Stadt, den Trägern und wesentlichen Institutionen zusammen. In Chemnitz sind das die Bürgermeisterin, der stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und weitere Verantwortungsträger der Stadt. Diese Struktur gewährleistet, dass sowohl die Interessen der gesamten Kommune als auch die Interessen der verschiedenen Akteure berücksichtigt werden.

- *Projektbüro und Koordination*: Als zentrale Ansprechpartnerin steuert eine Koordination in Chemnitz die Aktivitäten und Prozesse und ist für die konzeptionelle Arbeit zum Ausbau des Netzwerkes verantwortlich. Im Projektbüro bündelt sie die verschiedenen Aktivitäten, sichert verlässliche und dauerhafte Strukturen, gibt Impulse zur Weiterentwicklung und bezieht neue Partner/innen in das Netzwerk ein. Auch übernimmt die Projektkoordination die Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt und im Land Sachsen.

Kooperieren

- Die Förderung einer Vielzahl einzelner kleiner Projekte vor Ort ermöglicht spezifische Schwerpunkte und eine Kooperation von bisher isoliert arbeitenden Einrichtungen.
- In den Arbeitsgruppen „Rund um die Geburt“, „Kind und Familie im Zentrum“ und „Übergang Kita-Grundschule“ erarbeiten Eltern, professionelle Akteure und Entscheidungsträger gemeinsam Empfehlungen und Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung in der gesamten Kommune. Legitimiert durch den Jugendhilfeausschuss werden diese Maßnahmen systematisch umgesetzt. So entstanden neue Formen der Kooperation, z. B. ein „Runder Tisch“ der Entscheidungsträger rund um die Geburt, eine Reihe bewusst professionsübergreifender Fortbildungen zur vorgeburtlichen und frühen Lebensphase oder zum Übergang von der Kita in die Grundschule, stadtweite Workshops zur Stärkung der Elternvertretungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen, eine Reihe von Projekten zur Gestaltung einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern, Modellprojekte zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen und neue Ansätze zur Kooperation von Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten und Kindertageseinrichtungen.

Partizipation entwickeln

- Die Vorstellungen der einzelnen Netzwerkpartner/innen werden durch gezielte Erhebungen ermittelt.
- In Chemnitz gibt es einen Grundsatzbeschluss der Stadt, Kinder überall dort zu beteiligen, wo ihre Belange tangiert werden. Die Beteiligten des Projekts „Kind & Ko“ sehen in der Stadt einen besonderen Auftrag darin, Kinder phantasieren,

mitreden, mitplanen und mitgestalten zu lassen. Das passiert in den Kindertageseinrichtungen und darüber hinaus.

- In Foren und Arbeitsgruppen diskutieren Eltern gemeinsam mit den professionellen, ehrenamtlichen und politischen Akteuren die sich entwickelnden Tendenzen in der Stadt.
- Um Kitas als Bildungsorte zu fördern und zu unterstützen, führte das Projekt „Kind & Ko“ in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut die Bildungs- und Lerngeschichten als ein neues stärkenorientiertes Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren in Kindertageseinrichtungen ein. Auch dieses Instrument trägt zur Partizipation von Kindern bei. Eine systematische Fortbildung unterstützte die Mitarbeiter/innen dabei, die Perspektive von Kindern in den Blick zu nehmen und die Gestaltung ihrer Bildungsprozesse unterstützenden Tätigkeiten daran auszurichten.

In der Politik verankern

- Im Januar 2008 ging das ehemalige Modellprojekt in die alleinige Verantwortlichkeit der Stadt Chemnitz über und wird unter der Federführung des Amtes für Jugend und Familie fortgesetzt.
- Die Leitlinien des Projekts wurden zu Beginn und die zentralen Entscheidungen des Projektes werden regelmäßig durch den Jugendhilfeausschuss legitimiert.
- Wichtige kommunalpolitische Akteure und „Brückenbauer“ sind in der Steuerungsgruppe vertreten und als unmittelbar Entscheidende an den Aktivitäten des Netzwerkes beteiligt.
- Das Netzwerk kann sich so der Unterstützung durch die Stadt sicher sein.

Rahmenbedingungen und Finanzierung sichern

- Es wird eine Koordinationsstelle gesichert.
- In Chemnitz wird durch die Stadt ein Jahresbudget für die Aktivitäten im Netzwerk zur Verfügung gestellt. Seine Höhe basiert auf Erfahrungswerten bezüglich benötigter Mittel. Im Jahr 2008 und 2009 betrug es jeweils 30.000 Euro.
- Im Rahmen des Netzwerkes werden wiederholt Projekte ausgeschrieben und finanziert, um immer wieder neue Impulse aufzunehmen.

Erfolge:

- Gabriele Aurich, Projektkoordinatorin in Chemnitz: „Durch die Gründung des Netzwerkes wird der Bereich der frühkindlichen Bildung in Chemnitz als ein großes Ganzes mit einer Vielzahl an Akteuren gesehen. Viele einzelne Organisationen und Träger haben eine gemeinsame Plattform zum Austausch gefunden und kennen einander. Noch nicht immer wird schon netzwerkmäßig zusammengearbeitet, aber man weiß um die Aktivitäten des Einzelnen und gibt sich gegenseitig Anregungen, diese Aktivitäten auch für andere Prozesse zu nutzen. Besonders verändert für Kinder und Familien hat sich meines Erachtens:
 - » Die Einstellung zum Kind basiert mehr auf einer auf die Stärken des Einzelnen ausgerichteten Sichtweise.
 - » Das Beobachtungsinstrument der Bildungs- und Lerngeschichten gehört zum festen Bestandteil des Alltags der Kindertageseinrichtungen in der Stadt.
 - » Kinder werden bei Entscheidungen in ihrem Alltag, bei denen ihre Sichtweise bedeutsam ist, beteiligt.
 - » Eltern partizipieren stärker an den Entscheidungen der Kommune. Insbesondere auch Väter werden stärker einbezogen, um ihr Potential zu nutzen.
- Für die Arbeitsweise der Ämter, Träger und Einrichtungen bedeutet all das, dass immer mehr Institutionen und Einrichtungen an einer Mitarbeit interessiert sind. Sie beteiligen sich nicht nur, sondern erkennen den Nutzen für sich und verstärken ihre Aktivitäten. Bürgermeisterin und politische Entscheider nehmen ihre Verantwortung für die frühkindliche Bildung umfassend wahr und eine Vielfalt von Aktivitäten etablieren sich in einer dauerhaften Form.“

C) Stadtplanung / Verkehr

Der Rückgang und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur führen zu veränderter Nutzung von städtischer Infrastruktur. So werden Angebote für ältere Einwohner in Zukunft stärker nachgefragt werden, während beispielsweise weniger Schüler eine Schule besuchen werden. Vor allem in Fortzugsgebieten werden bei Beibehaltung der kommunalen Einrichtungen die Kosten pro Einwohner stark steigen.

Vor allem die ostdeutschen Kommunen sind aufgrund der Abwanderung (überregional und intraregional) nach der Wiedervereinigung geschrumpft und schrumpfen weiter. Aber auch immer mehr Städte in Westdeutschland sind betroffen. Die Folge der Abwanderung ist ein hoher Leerstand von Wohnungen und Geschäftsräumen. Viele der Wohnungen sind unbewohnbar, aber auch die bewohnbaren finden am Markt keine Nachfrage. Stadtumbau kann aber nicht nur Abriss bedeuten, sondern muss als Chance zur Attraktivitätssteigerung der Stadt begriffen werden. Einige gute Beispiele werden hier vorgestellt.

- Dezentrale Strukturen sind gegenüber Einwohnerrückgang stabiler als zentrale. Vor allem bei Kläranlagen müssen Kleinkläranlagen bevorzugt werden. Ähnlich gilt für wohngebietsnahe kleine Blockheizkraftwerke: Sie produzieren zwar etwas teurer. Dafür können der Leitungsaufwand und die Transportverluste verringert werden. Schrumpft das Gebiet, kann notfalls abgeschaltet und mit der Anlage eines ebenfalls schrumpfenden Nachbargesbietes verbunden werden.
- Der Straßenneubau muß drastisch beschränkt werden: Es ist z.B. sinnlos, eine Umgehungsstraße für einen Ort zu bauen, bei dem absehbar ist, dass er in 20 Jahren kaum noch bewohnt sein wird. Mittel für Verkehrswege müssen auf die Orte konzentriert werden, deren Bestand auch unter relativ ungünstigen Bedingungen soweit jetzt abschätzbar auch langfristig gesichert erscheint. In den größeren Städten muß der ÖPNV zu Lasten des Straßenbaues massiv gefördert werden. Es ist wesentlich billiger, Linien zu rationalisieren oder ganz stillzulegen, als zusätzliche Autostraßen zu bauen, die schon in 20 oder 30 Jahren nicht mehr benötigt würden. Wirtschaftlich noch viel sinnvoller ist der Ausbau des Radfahrens zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs. Das hat auch erhebliche Vorteile für Umwelt und Gesundheit.
- Langfristig denken und planen. Die langfristige Einwohnerentwicklung muss Planungsgrundlage sein. Die zum Teil überdimensionierte Planung städtischer Infrastruktur ist kontraproduktiv.
- Das betrifft im Moment in Sachsen vor allem den Neubau von Straßen zu einem Zeitpunkt, wo man sich besser schon Gedanken über deren Rückbau machen sollte. Oft werden aktuelle Probleme gepaart mit völlig unbegründetem Optimismus zum Maßstab bei Infrastrukturentscheidungen.
- Fokussierung auf die Stadt der kurzen Wege
- Insbesondere Rückbau der Stadt von Außen nach Innen, um durchgängige Stadtstrukturen zu erhalten und die Kosten für Leitungsnetze und ÖPNV kontrollieren zu können.

Bspl. Leipzig - Integrierte Stadtentwicklungsplanung

- Durchschnittszahlen zur Bevölkerungsentwicklung werden den meisten Großstädten nicht gerecht. Wachstum und Schrumpfung sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklungen nehmen in den Stadtteilen häufig einen unterschiedlichen Verlauf. Leipzig reagiert darauf mit sektoralen Stadtentwicklungsplänen. Ziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Stadtteilen sowie die Konsolidierung des Wohnungsmarktes durch Aufwertung einerseits und Abriss andererseits.

Demografie-Profil:

Bundesland, Landkreis	Sachsen, Leipzig
Bevölkerung (31.12.2007)	510.512
Entwicklung 2000-2007 (in %)	3,5
Entwicklung 2006-2025 (in %)	3,2
Räumliche Einordnung	Kernstadt im Agglomerationsraum
Demografiertyp	Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotenzialen

Ausgangslage/Problemstellung:

- Leipzig hat zwischen 1989 und 1998 durch Geburtenrückgang, Suburbanisierung und arbeitsmarktbedingte Fernwanderungen fast 100.000 Einwohner verloren.
- Im Jahr 2000 standen 20 Prozent der Wohnungen leer (Schwerpunkt im Altbau) mit wirtschaftlichen, sozialen und baulichen Folgeproblemen.
- Seit dem Jahr 2000 zeigt sich ein deutlicher Geburtenanstieg, Wanderungsgewinne junger Menschen und damit Einwohnerzuwachs.
- Die Stadt ist durch eine bipolare Stadtentwicklung gekennzeichnet, d.h. schrumpfende Stadtteile einerseits sowie wachsende andererseits.

Ziel:

- Die Einwohnerentwicklung soll stabilisiert und auf eine ausgeglichene Alterstruktur hingewirkt werden.
- Die Wohnungsmarkt- und Stadtteilentwicklung soll an die zurückgegangene Nachfrage angepasst werden.

Strategie:

- Integrierte Stadtentwicklungsplanung (sektorale, miteinander verflochtene und umsetzungsorientierte Stadtentwicklungspläne)
- Räumliche Prioritätensetzung: Konzentration und Bündelung von Ressourcen und Programmen

- Drei strategische Elemente:
 - » Wettbewerbsstrategie: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der innerstädtischen Quartiere
 - » Erhaltungs- und Umbaustrategie: So viel Stadterhalt wie möglich und so viel Stadtbau wie nötig.

Meilensteine:

- Beschluss des Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung 2000
- vertiefende Konzepte und (Teil-)Fortschreibungen 2002, 2003, 2004, 2006
- kontinuierliches prozessbegleitendes Stadtbau monitoring

Akteure:

- Stadt Leipzig
- Wohnungswirtschaft

Umsetzung:

- Stadtentwicklungspläne: Wohnungsbau und Stadterneuerung (2000/2003), Zentren (1999/Fortschreibung 2006), Gewerbliche Bauflächen (1999/2005), Verkehr und öffentlicher Raum (2003)
- Abstimmung der Fachplanungen mit den Stadtentwicklungskonzepten (vor allem zur Infrastruktur, z.B. langfristiges Entwicklungskonzept der Kindertagesstättenversorgung in Leipzig)
- Integrierte Stadtteilentwicklung im Leipziger Osten, im Leipziger Westen und Leipzig-Grünau (Kopplung und Konzentration von Förderprogrammen, integrierte Quartiersentwicklung, Stadtteilmanagement)
- Entwicklung neuer Grünstrukturen, auch als „Zwischennutzungen“
- Unterstützung der Eigentumsbildung in der inneren Stadt » www.selbstnutzer.de

Bürgerbeteiligung:

- Stadtteilforen mit Arbeitsgruppen in den o.g. drei Schwerpunktgebieten der integrierten Stadtteilentwicklung

Finanzierung:

- verschiedene Programme der städtebaulichen Erneuerung sowie EFRE-Mittel
- Ansätze zum Ersatz kommunaler Eigenanteile durch Dritte

Erfolge:

- Einwohnerzuwachs in den innerstädtischen Altbauquartieren (+ 40.000 Einwohner bzw. 15 % seit 1998)
- Rückgang des Wohnungsleerstandes um 15.000 Wohnungen bzw. von 20 auf 15 Prozent seit 2000
- 25 ha dauerhafte Grünflächen und 15 ha höherwertige Zwischennutzungen seit 1999
- durchschnittlich 60-70 verkaufte Eigentumswohnungen/Stadthäuser jährlich im Selbstnutzerprogramm

Bspl: Dresden - Wachsen und Schrumpfen

Demografie-Profil:

Bundesland, Landkreis	Sachsen, kreisfreie Stadt
Bevölkerung (31.12.2007)	507.513
Entwicklung 2000-2007 (in %)	6,2
Entwicklung 2006-2025 (in %)	8,0
Räumliche Einordnung	Oberzentrum im verdichteten Raum
Demografiety	Aufstrebende ostdeutsche Großstadt mit Wachstumspotenzialen

Ausgangslage/Problemstellung:

- Zwischen 1990 und 2000 haben etwa 30.000 Menschen die sächsische Hauptstadt verlassen. Hinzu kam ein hoher Sterbeüberschuss. Seit dem Jahr 2000 verzeichnet die Stadt wieder Bevölkerungszuwächse. Die Prognosen weisen bis 2020 eine leicht steigende Einwohnerzahl aus.
- Seit 1990 hatten die Stadtteile mit großen Plattenbaugebieten Bevölkerungsverluste von z.T. über 30 Prozent und Gebiete am Stadtrand bzw. sanierte Altbaugebiete

hohe Zuwächse. Dieser Prozess ist jetzt weitestgehend abgeschlossen. Das Programm „Soziale Stadt“ trug zur Imageverbesserung und Minderung von Segregationstendenzen bei.

- Die gegenwärtige Entwicklung Dresdens ist von einer moderaten baulichen Vervollkommnung (partielles Wachstum) vorzugsweise in integrierten Lagen und im Innenstadtbereich (Bauen im Bestand) geprägt. Insgesamt übersteigt der Bestand an Flächen für alle städtischen Nutzungskategorien den Bedarf. Durch Maßnahmen des Stadtumbaus konnte der gesamtstädtische Wohnungsleerstand von 18% im Jahr 1999 auf 13,9% im Jahr 2006 gesenkt werden.

Ziel:

- Dresden zu einer attraktiven Stadt traditioneller europäischer Prägung zu entwickeln.

Strategie:

- Die Stadt Dresden hat ein vom Stadtrat beschlossenes räumliches Leitbild mit der Doppelstrategie der gezielten baulichen Wachstums- und Schrumpfsteuering. Dieses Leitbild wird in der Flächennutzung, im neuen Flächennutzungsplan verankert. Dresden entwickelt räumlich differenzierte Strategien zum Umgang mit Brachen und Leerständen.

Meilensteine:

- 2000: Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), Teil Analyse und Handlungsfelder mit umfassenden Ist-Analysen einschl. Demografiemonitoring
- Jährliche Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung der Gesamtstadt und der Stadtteile bis 2020 (auf Basis der Entwicklungstrends seit 1991)
- 2002: Integriertes Stadtentwicklungskonzept mit Zielen der Stadtentwicklung und Ausweisung von gesamtstädtischen Problem- und Handlungsfeldern sowie Prioritätensetzung für die entwicklungsrelevanten Stadtteile. Oberste Priorität hat die Entwicklung der Innenstadt.
- 2003: Stadtentwicklungsbericht zum Umsetzungsstand des INSEKs, erstmalige Anwendung des INSEK-Indikatorensystems; Aufstellen von quantitativen Richtwerten für die objektiven Indikatoren
- 2004: Kooperationsvereinbarung zur „Region Dresden“; Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzeptes für den weit über Dresden hinausragenden Kooperationsraum

- 2006: Stadtentwicklungsbericht, Wohnungsmarktbericht, Fortschreibungen
- 2007: Vorentwurf für den neuen Flächennutzungsplan
- 2007: Aktualisierung des Brachflächenkonzeptes

Akteure:

- Stadtverwaltung
- Wissenschaftliche Einrichtungen
- Lokale Agenda
- Wohnungsunternehmen

Umsetzung:

- Im Mittelpunkt steht das Leitbild der kompakten Stadt mit einem funktionsfähigen und attraktiven Stadtzentrum. Die Wachstumspotenziale werden deshalb auf den Erhalt, die Vitalisierung und weitere Verdichtung der traditionellen städtischen Strukturen gelenkt. Der Schrumpfungsprozess wird genutzt, um die Ausuferungen in das landschaftliche Umland zu stoppen, eine Entdichtung in den Randzonen der Stadt zu bewirken und das Stadtgefüge mithilfe großräumiger grüner Einschnitte im Inneren gezielt neu zu gliedern und aufzuwerten.
- Die Stadt unterstützt Investitionen in den Bestand (Sanierung, Wiedernutzung, Um- und Ausbau von Originalsubstanz). Um die Stadt von innen heraus zu stärken und die Vorteile des städtischen Wohnens sichtbar zu machen, werden räumliche Schwerpunkte des Bauens im Bestand gesetzt (z. B. Innenstadt, örtliche Zentren, Umgebung von S-Bahnhöfen, Wohnbauflächenmanagement für innerstädtisches Wohnen).
- Die gezielte Renaturierung von Brachflächen reduziert den Bauflächenüberschuss und soll den Stadtkörper gliedern, die Erholungsfunktionen ausbauen und der stadtoökologischen Aufwertung dienen.
- Vorwiegend im Bestand der Plattensiedlungen werden Abrissmaßnahmen gefördert, um den Wohnungsleerstand zu reduzieren, die Wohndichte in den Plattensiedlungen zu verringern, deren Wohnumfeld zu verbessern sowie Verwerfungen im Stadtbild/in der Stadtstruktur rückgängig zu machen.
- Die interkommunalen Arbeitsgemeinschaften mit den Nachbargemeinden und alle Formen der Nachbarschaftsbeteiligung bei Planungen werden stärker dafür

genutzt, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung auch über die Grenzen des Stadtgebietes von Dresden hinaus zu setzen.

- Kontinuierliches Monitoring verbunden mit einem Controlling der Ergebnisse und der Steuerung von Intensität und Form der Umsetzungsinstrumente. Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung und dem „Zentrum Demografischer Wandel“ der TU Dresden.

Bürgerbeteiligung:

- Bürger- Stadtteilbüros
- Quartiersmanagement in Gebieten Soziale Stadt
- Teilräumliche Werkstattgespräche
- Moderationsverfahren auf Brachen mit unterschiedlichen Eigentümern

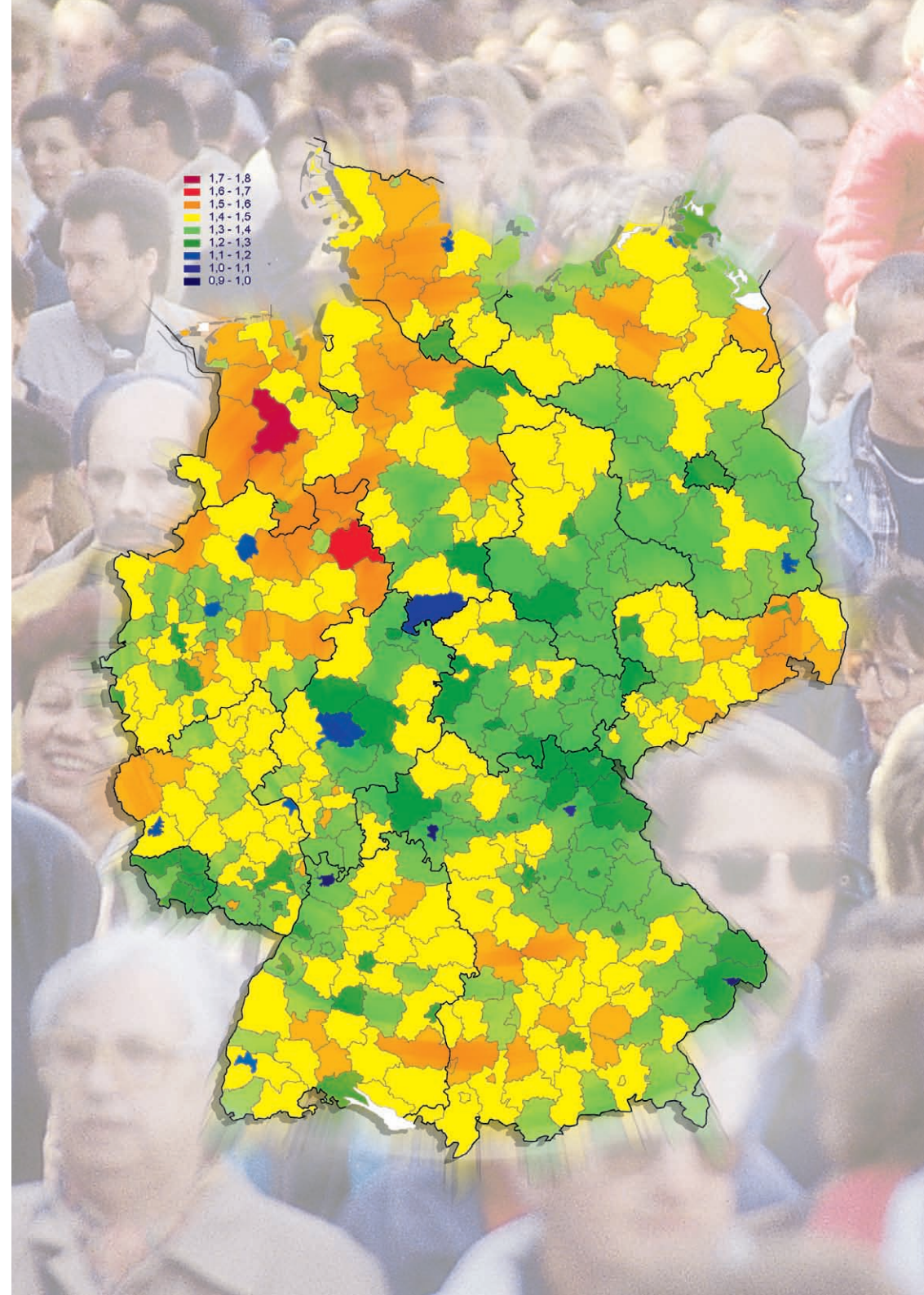
Finanzierung:

- Städtische Haushaltsmittel
- Städtebauförderung
- Fonds EFRE

Erfolge:

- Positive Wirtschaftsentwicklung der Stadt
- Positives Image auf internationaler und nationaler Ebene
- Bevölkerungswachstum auf Grundlage steigender Geburtenzahlen und Wanderungsgewinne
- Städtebaulich architektonisch hochwertige Umbaumaßnahmen
- Brachflächenrevitalisierung von ca. 620 ha
- Infrastrukturnetzanpassung an teilräumlich divergierende Entwicklung

Hinweise: <http://www.demografie.sachsen.de>
<http://demographiekonkret.de>
<http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/demographie>



DAKS e.V.
Die ALTERNATIVE Kommunalpolitik Sachsens
Hohe Straße 58
04107 Leipzig
Tel: 0341 2195740
E-Mail: mail@daksev.de
Internet: www.DAKSev.de

Leipzig 2009

